

Mogelpackung neue Betriebsvereinbarung

Jetzt ist amtlich, wovor die „Alternative“ lange gewarnt hatte: Der E-Motor wird nicht in Berlin, sondern in Hildesheim gebaut.

In seiner „Mitarbeiterinformation W 40“ beteuert Werkleiter Niefer: „Das bedeutet aber nicht, dass unser Standort Berlin an Bedeutung verliert.“ Als Standort wofür? Für ein Industrieunternehmen, das neue Produkte herstellt, oder für ein Daimler-Museum, in dem unsere Maschinen für die Nachwelt ausgestellt werden?

Wir sollen uns also keine Sorgen machen. Leider gibt es dafür aber gute Gründe: Im Jahr 2007 hatten wir hier in Marienfelde noch 3.200 Beschäftigte, heute sind es nur noch knapp 2.500. An Stelle von Festeinstellungen kommt es zu immer mehr Fremdvergabe.

Und was passiert mit dem Bau 70? Wo bleiben die 500 Kollegen, wenn die Produktion vom Dieselmotor im Jahr 2016 eingestellt wird?

Erstmal soll die Kuh noch ordentlich Milch geben, und dann wird sie zur Schlachtbank geführt. So ist je-

denfalls die neue „Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitflexibilisierung“ zu verstehen. Nachdem in der BV zum E-Motor 2009 bereits 10 zusätzliche Sonder- und Absageschichten ohne Zuschläge vereinbart wurden, wird die Zahl nun mit der neuen BV auf 20 Absageschichten verdoppelt!

Wofür? Für eine „Verstetigung der Beschäftigung“, wie es heißt. Eine Mogelpackung! Auf der letzten Betriebsversammlung hat Matthias Bender von der „Alternative“ schon darauf hingewiesen: „Da fragt man sich, wofür eine Zukunftssicherung bis Ende 2016 abgeschlossen wurde. Hier werden doppelt und ohne Gegenleistung Zugeständnisse getätigt.“ Dazu kommt: Die „Zukunftssicherung 2012“ hat nicht verhindert, dass wir heute Hunderte Daimler-Beschäftigte weniger im Werk haben.

Nein zur neuen Betriebsvereinbarung!

Schluss mit Verzicht!

Erhalt aller Arbeitsplätze und des Werks!



Vom Regen in die Traufe

Kommentar von Waldemar Derda

Im September 2009 hatte sich die BR-Mehrheit auf eine Betriebsvereinbarung zum E-Motor eingelassen. Was hatten wir davon? Zwei einhalb Jahre Verzicht für leere Versprechen. Daraus scheint die BR-Mehrheit nichts gelernt zu haben. Knall auf Fall unterzeichneten Ute Hass und Michael Rahmel am 19. März mit der BV zur „Arbeitszeitflexibilisierung“ die nächste Verzichtvereinbarung.

Begründet wird dieses Unternehmensgeschenk mit „sich ständig verändernden Marktanforderungen“.

Geht's noch? Das ist so allgemein, damit lässt sich einfach alles begründen.

Für gewöhnlich können Betriebsvereinbarungen nach drei Monaten gekündigt werden. Nicht so bei dieser BV, diese ist ein Knebelvertrag, „frühestens zum 31.12.2015 kündbar“.

Die „Alternative“ hat im Betriebsrat gegen die neue BV gestimmt. Wir lehnen aber nicht nur Beschlüsse ab, die zum Nachteil der Belegschaft sind. Wir lehnen auch diese Politik der Geheimverhandlungen mit dem

Vorstand ab!

Wenn es eine neue BV geben soll, dann müssen alle Kollegen vorher (!) informiert werden. Wir wollen, dass sich jeder Kollege eine Meinung bilden kann – und gefragt wird. **Die Betriebsratsarbeit muss darauf ausgerichtet sein, die Kollegen einzubeziehen, wo nötig zu mobilisieren und so die Stärke der gesamten Belegschaft zu nutzen!**



Volle Solidarität mit dem Widerstand im Bremer Daimler-Werk



Dennis Göller

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Daimler in Bremen,

in den letzten Wochen habt ihr immer wieder die Arbeit niedergelegt und deutlich gemacht: Nein zu „HPV 30“ (HPV = hours per vehicle)! Die Fertigungszeit pro Auto soll auf 30 Stunden runtergeprügelt werden.

Eine solche „Effizienzsteigerung“ um 20 Prozent will der Vorstand nicht nur in Bremen, sondern in allen Daimler-Werken in Deutschland durchziehen. Und das, obwohl Daimler 2011 einen Gewinn von sechs Milliarden Euro einfahren konnte.

Zetsche will auf unserem Rücken

den Kontrahenten BMW, Audi und anderen Paroli bieten. Leistungsverdichtung, Fremdvergabe, neue globale Produktionsstätten – das sind die Zauberworte in den Chefetagen.

Höchste Zeit, dass wir die Spirale nach unten („Effizienzsteigerung“ – verstärkte Arbeitshetze – Stellenstreichungen – neue Zielvorgaben – noch höherer Druck) stoppen.

Vertrauensleute, Betriebsräte und die Gewerkschaft IG Metall sollten dafür sorgen, dass die Belegschaften nicht verheizt werden, sondern gemeinsamer konzern- und am besten branchenweiter

Widerstand organisiert wird.

- Für umfassende Informationen über die „Rationalisierungs“-Pläne und die Arbeitsniederlegungen in Bremen auf allen Betriebsversammlungen, IG-Metall-Versammlungen und bei Aktionen in der IGM-Tarifrunde!
- Für einen gemeinsamen konzernweiten Aktionstag zur Solidarität mit den Kollegen in Bremen und als gemeinsame Kampfansage gegen die drohende „Rationalisierung“!
- Für eine Konferenz von Vertrauensleuten und Betriebsräten bei Daimler, auf der über die nächsten Kampf-schritte diskutiert werden kann!

Dies ist eine gekürzte Fassung der Solidaritätserklärung der Berliner „Alternative“ an die Bremer Kollegen vom 2. April.



Leiharbeiterrechte

aus der „Alternative“ Nr. 105 unserer Kollegen im Werk Stuttgart-Untertürkheim

Leiharbeit ist inzwischen Wachstums-

branche Nr. 1: Im August 2003 gab es 371.000 Leiharbeiter, im Juli 2008 schon 823.000. Jetzt, im Boomjahr 2012, müssen sich über eine Million KollegInnen als Leiharbeiter verkaufen.

Drehtüreffekt

LeiharbeiterInnen werden also schamlos benutzt, um feste Stammarbeitsplätze abzubauen. Abhängig, wie sie sind, sollen sie als Erpressungspotenzial gegen die Stammbeflegschaft benutzt werden, um alle erkämpften Standards verschlechtern zu können.

Leiharbeiter: nicht rechtlos!

Doch die Leih-Kollegen sind nicht einfach nur rechtlos. Sie haben eine „doppelte Betriebszugehörigkeit“, das heißt

- der Betriebsrat von Daimler ist auch für sie Ansprechpartner, den sie während ihrer Arbeitszeit auf-

suchen können,

- sie haben das Recht, an Betriebs- und Centerversammlungen teilzunehmen. Wer versucht, sie daran zu hindern, macht sich strafbar. Bei ihrem Arbeitgeber, der Verleihfirma, haben sie weitere Rechte:
- die Sprechstunde ihres Betriebsrats zu besuchen oder

- dort, wo es keinen gibt, einen zu gründen,

- an Betriebsversammlungen der Verleihfirma teilzunehmen,

- jederzeit Einsicht in seine Personalakte zu nehmen.

Leiharbeit verbieten!

Wer seine Rechte kennt, kann weniger als rechtlose Manövriermasse missbraucht werden. Der skandalöse Zweck von Leihar-

beitereinsatz statt Festeinstellungen ist damit aber noch nicht aufgehoben. Deshalb bleibt die Forderung:

Festeinstellungen statt Leiharbeit und Fremdvergabe!

Leiharbeit gehört verboten!



André Halfenberg, Betriebsrat bei Daimler in Stuttgart-Untertürkheim

Rückblick auf die Betriebsversammlung vom 21. März

Wir sind ja einiges gewohnt. Aber dass sich unsere BR-Vorsitzende Ute Hass hinstellt und von sich aus begründet, warum die Gewinnbeteiligung bei Daimler 4.100 Euro betrug und der Konzern nicht mehr zahlen konnte, hat uns dann doch überrascht. So was hätten wir eher von einem Vertreter des Vorstands erwartet.

Auch Werkleiter Niefer ließ es sich nicht nehmen, über die Gewinnbeteiligung zu reden. Er hätte nichts von Opel gehört. Da wird er unseren Artikel in der letzten „Alternative“ gemeint haben. Stimmt, da haben wir die Ergebnisbeteiligung bei Daimler mit der bei VW, Audi und BMW verglichen. Dort wurden – wie bei Daimler – riesige Profite gemacht. Opel steckt dagegen seit vier Jahren in den roten Zahlen.

Was soll also der Vergleich mit Opel, Herr Niefer?



aus den Bereichen

Ölige Luft – damit ist nicht zu spaßen

Im Bau 22 Planetenradbolzen stinkt es. Die Luft ist ölig.

Das ist nicht nur unangenehm, sondern auch gefährlich. Denn es stellt sich die Frage, ob diese Stoffe toxisch wirken und sogar krebs-erregend sein könnten – wenn sie von Schleimhäuten, Haut und Lunge aufgenommen werden.

Regelmäßig werden Krankenrückkehrgespräche angesetzt. Was sol-

len diese Gespräche mit den Kollegen über ihre Fehlzeiten? Wir sehen ganz anderen Handlungsbedarf. Gesundheitsgefährdende Bedingungen am Arbeitsplatz müssen schleunigst angegangen werden. Für Bau 22 bedeutet das, erstmal die Luft zu verbessern. Die „Alternative“ ist dafür, dass jeder seine Hausaufgaben macht!

In unserer letzten Ausgabe ha-

ben wir Herrn Niefer aufgefordert, mal fünf Minuten zu nehmen und dem Bau 28 – wegen der dortigen schlechten Luft – einen Besuch ab-zustatten. Diesen Vorschlag möch-ten wir hiermit gern ergänzen. Wenn unser Werkleiter den Bau 28 besucht, dann soll er doch auch gleich beim Bau 22 vorbeigehen und dort ebenfalls seine Nase reinhalten.

Ist Geld wichtiger als die Gesundheit?

Schon lange klagen die Kollegen im Bau 1 über Zugluft und Rückenbeschwerden.

Betriebsräte der „Alternative“ haben den Arbeitgeber in einem Schreiben aufgefordert, diese Missstände sofort zu beseitigen. Was ist seitdem passiert?

Die Zugluft ist jetzt wärmer geworden – weil die Temperaturen draußen gestiegen sind. Na prima.

Um gegen die Rückenbeschwerden

vorzugehen, haben Kollegen einen Verbesserungsvorschlag gemacht und die Idee einer Hebehilfe vorgebracht. Das wurde von oben abgelehnt. Warum? Weil irgendwann ein Roboter für das Abpacken der Waren im Bau 1 eingesetzt werden soll. Genau: Irgendwann. Der Arbeitgeber spielt auf Zeit und mit der Gesundheit der Kollegen. Das Problem ist offensichtlich – also muss sofortige Abhilfe her und keine faulen Ausreden.

Flexkonten: Es geht nicht, dass Kollegen jetzt in die Röhre glotzen



Werner Buczek

Auf der Betriebsversammlung im März teilte uns Werkleiter Niefer mit, dass die noch vorhandenen Flexkonten verfallen, für alle Be-

schäftigten.

So weit, so gut. Aber jetzt gibt es etliche Kollegen, die in die Röhre glotzen, weil sie quasi umsonst am Sonntag und sonstwann auf Arbeit antanzten.

Wir erinnern uns: Als die Flexkonten in der Wirtschaftskrise eingeführt wurden, mussten Kollegen plötzlich tagelang zu Hause bleiben. Als der Laden dann wieder brummte, war die Belegschaft aufgefordert, durch Mehrarbeit ihre Konten wieder auszugleichen. Etliche un-

terbrachen deshalb ihr Wochenende und rückten sogar sonntags zur Spätschicht an. Andere glichen ihre Konten, aus welchen Gründen auch immer, nicht aus. – Jetzt verfallen alle Flexkonten für alle Kollegen im ganzen Werk.

Und was hören wir aus dem Mund langjähriger Kollegen der BR-Mehrheit? „Selber schuld.“ Eine Information auf der Betriebsversammlung über die Neuregelung reicht jedenfalls nicht. Davon können sich die Kollegen, die ihre Konten umsonst wieder ausgeglichen haben, nichts kaufen. Ute Hass hätte als BR-Vorsitzende sofort die Einigungsstelle anrufen können.

Die „Alternative“ begrüßt, dass es mit dieser Flexkonten-Regelung vorbei ist. Wir sind aber der Meinung: Die Kollegen, die Mehrarbeit geleistet haben, müssen dafür entschädigt werden beziehungsweise die Stunden gut geschrieben bekommen.



Die „Alternative“ Betriebsräte sind jederzeit für euch da:

**Waldemar Derda:
0151 – 58 61 68 06**

**Fehmiye Utku:
0160 – 86 07 997**

**Hakan Göggöz:
0160 – 86 78 086**

Ick hab' da mal 'ne Frage?!

„Was ist der Unterschied zwischen einer Verleihung und einer Versetzung?“

Wenn die Zuweisung eines anderen Arbeitsbereichs maximal vier Wochen beträgt, handelt es sich um eine Verleihung. Der Betriebsrat muss darüber informiert sein. Alles, was die Dauer von einem Monat überschreitet, ist in der Regel eine Versetzung. Diese ist mitbestimmungspflichtig.

Wie immer gibt es auch hier Aus-

nahmen. Hier ein paar Beispiele:

1. Wird man innerhalb einer Halle verliehen, wo Tätigkeit und Schichtform gleich bleiben, dann kann dies als Verleihung behandelt werden (Protokollnotiz zur Gesamtbetriebsvereinbarung vom 10.11.2004).

2. Der Wechsel vom Einzel- zum Gruppenakkord kann eine Versetzung darstellen (BAG, Beschluss

vom 22.4.1997 – 1 ABR 84/96).

3. Im Rahmen örtlicher Vereinbarungen darf die Verleihung auch die Dauer von vier Wochen überschreiten.

Dieses Thema ist sehr komplex und einzelfallabhängig. Bei Fragen wendet Euch an den Betriebsrat. Des weiteren könnt ihr alles in der Gesamtbetriebsvereinbarung „Auswahlrichtlinie“ nachlesen.

IGM-Tarifrunde: 6,5 % voll durchsetzen!

Der Vorsitzende der IG Metall, Huber, meinte: Der Abschluss des Öffentlichen Dienstes wirke „zusätzlich beflügelnd“.

Langsam, Kollege Huber: 6,3 Prozent in zwei Jahren, null Euro (statt der geforderten 200 Euro) soziale Komponente? Bei Bund und Kommunen war mehr drin! Vor allem angesichts der Kampfbereitschaft, die sich bei den 300.000 Warn-Streikenden zeigte.

Viele IGM-Mitglieder haben genau diese Sorge: Dass am Ende eh nur die Hälfte rauskommt. Das darf nicht passieren. Eigentlich sind die Forderungen der IG Metall sogar recht bescheiden; die „Alternative“ war jedenfalls der Ansicht, dass man zehn Prozent, mindestens aber 300 Euro mehr für alle fordern sollte. Schließlich ist in den letzten Jahren für uns kaum was bei 'rum gekommen. Dabei sind zum Beispiel allein die Spritpreise in den vergangenen 12 Monaten um 7,7 Prozent gestiegen. Deshalb müssen die von der IG Metall nun aufgestellten Forderungen (6,5 Prozent mehr Lohn in einem Jahr, unbefristete Übernahme aller Azubis und mehr Mit-



bestimmungsrechte bei der Leiharbeit) ohne Abstriche durchgesetzt werden!

Das geht nur, wenn die ganze Kampfkraft genutzt wird. Jetzt gilt es nicht nur Warnstreiks, sondern auch einen Streik vorzubereiten. Mit den Kollegen bei VW, Telekom, Chemie und allen anderen Bereichen, wo derzeit Tarifkonflikte laufen, sollte der Schulterschluss gesucht werden.

Daimler und andere Konzerne

fahren derzeit Rekordgewinne ein. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir endlich mal eine Tarifwende einläuten?!

Interesse an der „Alternative“?

Wir treffen uns alle zwei Wochen. Jeder Interessierte, jeder Mitstreiter ist willkommen! Einfach bei den „Alternative“-Betriebsräten nachfragen. Für Telefon-Nummern siehe Seite 3.

Wir zahlen nicht für die Banken

Auf nach Frankfurt/Main!

16.-18. Mai Europaweite Aktionstage

19. Mai Großdemonstration

www.european-resistance.org